



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/X/124 - 1. Juni 1955

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 2 18 31-33  
Fernschreiber 039 290

Hinweise  
auf den Inhalt:

Verpflichtungen, die Bonn nicht einlöste	S. 1
Sizilianische Wahlen	S. 3
Schlüter als Symptom	S. 5
Zur Ausgabenwirtschaft des Bundesgrenzschutzes	S. 7

## Auswechselbare Loyalität

sp- Loyalität in der Erfüllung der Pariser Verträge, wir müssen Treue um Treue vergelten, wir dürfen nicht vertragsbrüchig werden - dies ungefähr war der Tenor von Regierung und Sprechern der Koalition in der letzten aussenpolitischen Debatte. Niemand und schon gar nicht die Opposition verlangt von der Regierung einen Treuebruch. Was gefordert wird, ist die Aussetzung des militärischen Teiles der Pariser Verträge, um noch vor und während der kommenden Viererkonferenz der deutschen Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit eine Chance zu geben. Um der zwölf westdeutschen Divisionen willen halten jedoch Regierung und Koalition am Programm gegen die Wiedervereinigung fest und sie sind, wie die überstürzte Gesetzesvorlage für das Freiwilligen-Gesetz es beweist, entschlossen, hier eisern durchzuhalten.

Also gehört Loyalität zu gegebenen Zusagen und Einhaltung eingegangener Verpflichtungen, müsste man meinen, zu den Grundtugenden der ersten und zweiten Adenauer-Regierung. Handelte diese Regierung immer nach dieser Tugend, hielt sie stets, was sie versprach? Hier kommt man aber schon ins Stolpern. Loyalität und Loyalität sind für Bonn auswechselbare Scheidemünzen. Loyalität gibt es nur in ganz bestimmten Fällen, in vielen anderen blieb sie ein Wort, dem die Erfüllung ward.

Seit 1951 ist die Bundesrepublik Mitglied der internationalen Arbeitsorganisation in Genf. Die Zugehörigkeit zu dieser Organisation ist mit gewissen Verpflichtungen verbunden, u.a. auch der, Zwangs- und Pflichtarbeit in jeder Form zu beseitigen. Bis heute hat die Bundesrepublik es versäumt, die entsprechenden Ratifikations-Gesetze vorzulegen. Sie wird es wohl auch nicht in Zukunft tun, sie denkt ja sogar daran, im Rahmen ihrer Wehr-

1.6.1955

gesetzgebung sogar ein Pflichtjahr für "halbfreiwillige" Mädchen einzuführen. Wer solche Vorhaben in der Schublade hält, dem muss verständlicherweise eine Verpflichtung zur Abschaffung von Zwangsarbeit höchst lästig sein.

Eine andere Bestimmung der Gänfer Konvention besagt, es sei als unzulässige Einmischung anzusehen, wenn von Arbeitgebern oder deren Organisationen durch Geldmittel oder sonstige Unterstützungen Vereinigungen von Arbeitnehmern ins Leben gerufen werden. Insbesondere will die Konvention Benachteiligungen von Arbeitnehmern wegen ihrer Zugehörigkeit zu einer Gewerkschaft und wegen ihrer gewerkschaftlichen Betätigung verhindern. Die Organisationen der Arbeitnehmer sollen vor jeder Einmischung in ihre Aufgaben und ihrer Tätigkeit von anderer Seite bewahrt werden. Auch für diese Konvention Nr. 98 sind von der Bundesregierung nicht einmal die Vorbereitungen für ein Ratifikationsgesetz geschaffen, sie hängt in der Luft, sie gilt nicht für die Bundesregierung. Eine Vorlage entsprechender Gesetze würde den finanziellen Förderern dieser Regierung wohl die Gelegenheit erschweren, auf dem Umweg über die Bildung neuer Gewerkschaften die gewerkschaftliche Einheit der deutschen Arbeiter und Angestellten zu zerschlagen. Aber diese Möglichkeit soll offen bleiben. Internationale Abmachungen gelten also offenbar nur, solange sie den eigenen Interessen entsprechen. Und diese Bestimmung passt nicht in die Vorstellungen der Bundesregierung, von der man vieles sagen kann, nur nicht das, dass sie ein besonderes Verständnis für die gewerkschaftlichen Aufgaben in einem demokratischen Staat hätte. Kein Bundesminister hat seinem Kollegen Seeborn widersprochen, der wiederholt gesagt hat, die westdeutsche Armee habe in erster Linie eine politische Ordnungsaufgabe zu erfüllen.

Die Liste der nicht eingehaltenen Zusagen im Bereich der Innenpolitik ist lang. Der empörendste Fall ist wohl das schon vor langer Zeit vom Bundestag einstimmig angenommene Heimkehrergesetz, um dessen finanzielle Verpflichtungen sich die Bundesregierung drückt. Ein besonders trauriges Kapitel trägt die Überschrift: Haftentschädigung. Auch dieses Gesetz wurde vom Bundestag verabschiedet. Mit Ausnahme der Schwerkranken und der über 65-Jährigen ist vom Bund keine irgendwie nennenswerte Hilfe geleistet worden. Wo bleibt hier die Loyalität für die Opfer des Dritten Reiches?

Anscheinend gilt die Loyalität nur für den Bereich, der es der Bundesrepublik ermöglicht, wieder zu einer bewaffneten Streitmacht zu kommen. In anderen Bereichen wartet man vergeblich auf sie.

Sizilien wählt seine Regionalversammlung

PE - Rom, Ende Mai

Zwei Millionen und siebenhunderttausend Sizilianer wählen am 5. Juni ihr regionales Parlament neu. Es sind dies die ersten Wahlen grösseren Ausmasses, die in Italien seit den Parlamentswahlen vom Juni 1953 stattfinden, und da es sich hierbei um ein rundes Zehntel der gesamtitalienischen Wählerschaft handelt, ist es durchaus verständlich, wenn man dem Ergebnis dieser Wahlen allgemein mit grossen Interesse entgegen sieht und sich von ihnen wichtige Fingerzeige für die allgemeine politische Entwicklung des Landes erwartet.

Sizilien gehört zu den wenigen Landesteilen Italiens, die innerhalb einer sonst streng zentralistischen staatlichen Struktur ein weitgehendes gesetzgeberisches Eigenleben führen. Die regionale Autonomie, die der Insel in der ersten Nachkriegszeit eingeräumt wurde, um den gefährlichen separatistischen Tendenzen, die sich damals geltend machten, den Wind aus den Segeln zu nehmen, ist für italienische Verhältnisse sehr weitgehend und macht aus Sizilien in vieler Beziehung einen Staat im Staate.

In der bisherigen Regionalversammlung hielten sich Democrazia Cristiana und der aus Links-Sozialisten und Kommunisten bestehende Linksblock genau die Waage. Die Democrazia Cristiana regiert auf Grund einer Koalition mit den Rechtsparteien - Monarchisten und Neufaschisten -, deren Stimmen ihr die erforderliche Mehrheit in der Regionalversammlung sichern. Eine Koalition mit den demokratischen Mittelparteien, wie sie in Rom besteht, wäre in Palermo nicht möglich, weil diese Mittelparteien in Sizilien nur ganz wenige parlamentarische Vertreter aufweisen und somit für eine Mehrheitsbildung kaum ausgereicht hätten.

Es geht nun bei den Wahlen am 5. Juni darum, ob das gegenwärtig bestehende Kräfteverhältnis im wesentlichen erhalten bleibt oder nicht. Sowohl Democrazia Cristiana wie auch Linksopposition erhoffen sich einen Erdbebenstoss zu ihren Gunsten. Das in Sizilien geltende Wahlgesetz, das die kleinen Parteien sehr wesentlich benachteiligt, wird mit ziemlicher Sicherheit die schon jetzt geringfügige Vertretung der Sozialdemokraten, Liberalen und Republikaner noch weiter schmälern, und die Frage ist, ob sich die bisherigen Wähler dieser Parteien auf die Rechte oder auf die Linke schlagen werden.

Die Regionalregierung hat in den letzten Jahren eine Reihe von

wichtigen Gesetzen erlassen, die sich von der im übrigen Italien geltenden Gesetzgebung sehr wesentlich unterscheiden. So hat man in Sizilien die Anonymität des Aktienbesitzes, die in Italien aufgehoben worden ist, wieder hergestellt, und dies hat einen bedeutenden Zustrom von Kapitalien aus dem Festland im Gefolge gehabt, was sich wiederum in einer erheblichen Anzahl industrieller Neugründungen ausgewirkt hat. Besonders wichtig aber waren die Auswirkungen eines Gesetzes, durch das die Schürfrechte auf sizilianischem Boden in einer vom übrigen Italien abweichenden Weise geregelt wurden. Dadurch hat die sizilianische Regierung die grossen amerikanischen Ölgesellschaften dazu ermutigt, Bohrungen grösseren Stils zu unternehmen, mit dem Resultat, dass in der Gegend der Hafenstadt Ragusa an der Südküste Siziliens bedeutende Petroleumvorkommen erschlossen worden sind. Nach ernsthaften Schätzungen darf damit gerechnet werden, dass in zehn Jahren die Ölfelder von Ragusa imstande sein werden, den gesamten Petroleumbedarf Italiens zu decken.

Gerade dieses weitgehende Entgegenkommen der Regierung gegenüber dem amerikanischen Privatkapital bietet jedoch den Kommunisten den wichtigsten Agitationsstoff für ihre Wahlpropaganda. Ähnlich wie in Persien und in anderen Ländern des Mittleren Ostens arbeiten auch in Sizilien die Kommunisten und ihre Gefolgschaftsleute, die Nenni-Sozialisten, mit dem Argument, die Ausbeutung der sizilianischen Ölvorkommen dürfe nicht dem ausländischen Monopolkapital überlassen werden, sondern müsse durch Verstaatlichung hundertprozentig dem eigenen Lande vorbehalten bleiben. Dem hält freilich die Regierung die unbestreitbare Tatsache entgegen, dass erst seit dem Eingreifen der Amerikaner überhaupt in Sizilien Petroleum gefunden worden ist, während das italienische staatliche Petroleummonopol in den Jahrzehnten seiner früheren Tätigkeit nie irgendwelche positive Ergebnisse auf sizilianischem Boden erzielen konnte.

Die Wahlen werden zeigen, welche der beiden Argumentationen auf die Bevölkerung mehr Eindruck gemacht hat. Sie werden ausserdem einen wichtigen Hinweis darauf geben, ob die in früheren Jahren zu verzeichnende ständige Zunahme der linkradikalen Stimmen in letzter Zeit noch weitere Fortschritte gemacht hat oder ob diese Entwicklung zum Stehen gekommen ist.

Göttingen geht alle an

-dt, Göttingen

"Wann ist ein Minister unmöglich?" Dieses Transparent wurde am Freitag vor Pfingsten in dem Fackelzug mitgetragen, mit dem die Studentenschaft der Georgia Augusta gegen den Kultusminister der Hellwege-Regierung, den FDP-Politiker Leonhard Schlüter, protestiert hat. Der flackernde Schein dieses Fackelzuges hat weit über Göttingen hinausgestrahlt, es war eine Demonstration, die, weil sie spontan kam und einmütig die gesamte Studentenschaft von links bis rechts erfasste, in der Welt nicht ungehört verhallen sollte.

Denn das ist an der Affäre Schlüter das Erfreulichste: eine Jugend, der man sonst Interesslosigkeit und politische Abstinenz vorwirft, hat sich begeistert einer Sache angenommen, an deren Berechtigung kein anständiger Mensch zweifelt. Und das ist das Deprimierende an der Affäre Schlüter: dass ein so unstrittener Kultusminister von Männern wie Hellwege gehalten werden muss, weil anders die verfolgten Ziele der Landespolitik und - in grösserem Rahmen - der Bundesratspolitik - nicht zu erreichen sind. Wie von selbst ergibt sich da die Frage: ist die Demokratie, die Sauberkeit in der Politik das Primäre oder sind es die politischen Ziele? Professorenschaft und Studenten von Göttingen, sonst in genau soviel Parteien und Weltanschauungen gespalten wie alle andere, aus dem ganzen Volk gespeiste Institution, hatten einmütig die Antwort darauf gegeben. Die Parteien aber, die mit dem Schlagwort von der Sauberkeit in der Politik in den Wahlkampf zogen, diese Parteien schweigen.

Koalitionsabrede entscheidet

Die Professoren, die ihren Bannstrahl gegen einen Göttinger ausgesandt haben, den sie besser kennen müssen als jeder andere, waren sich bewusst, dass ihr Handeln falsch ausgelegt werden könnte. "Aber was sollten wir machen", sagt einer dieser Professoren, der unbekümmert um alle weiteren Folgen in der ersten Front gegen Schlüter steht, "sollten wir uns wieder vorwerfen lassen, dass die Deutschen zu allem den Mund halten?" Darum haben die Professoren in den letzten drei Wochen keine Gelegenheit vorübergehen lassen und die massgebenden Stellen immer wieder gewarnt, ohne sich an die Öffentlichkeit zu wenden, damit ihnen der Vorwurf eines Drucks auf das Parlament erspart bleibe. Noch drei Tage vor der Entscheidung hat eine Unterredung zwischen dem jetzt zurückgetretenen Rektor Woermann und Hellwege stattgefunden. Hellwege habe sich, so heisst es, die Göttinger Einwände verständnisvoll angehört, aber mit

einem Hinweis auf die Koalitionsbindungen seine Ohnmacht erklärt. In diesem Licht gesehen, erhält das Bild von dem allzeit aufrechten Niedersachsen freilich andere Konturen, als man bisher gewohnt war. Hellwege, der Schlüters Vergangenheit genau so kennt wie jeder andere Politiker im Land, hat sich in der Erklärung der Landesregierung hinter den Vorwand verschanzt, die Professoren hätten ihre Vorwürfe nicht substantiiert. Er muss sich nun von diesen Professoren sagen lassen, dass die entsprechenden Akten bei den Gerichten und bei der Besatzungsmacht liegen, dass aber der Rektor einer Universität nicht die Instanz ist, diese Akten anzufordern. Die Spitze der Universität, die durch ihr Beispiel die gesamte Studentenschaft mitriss, hat ihre Schritte nicht unternommen, ohne vorher durch ihre Juristen und Staatsrechtler ihre Handlungsweise juristisch zu fundieren. Diese Tatsache hat nicht zuletzt dazu beigetragen, auch solche Studentengruppen zu überzeugen, die sich sonst vielleicht abgesondert hätten.

#### Schlüter in wütender Abwehr

Schlüter weiss, dass die Professoren keine Akten haben, umso stärker lässt er durchblicken, dass er Akten habe und dass mancher der Professoren, die sich heute gegen ihn erheben, im Dritten Reich anders gedacht haben als heute. Wer Schlüter kennt, kann nicht daran zweifeln, dass er, der in der Entnazifizierungszeit Kripochef von Göttingen und Südhannover war, aus dieser Zeit her seine Machtposition für die Zukunft ausgebaut hat. Er ist entschlossen, seinen Ehrgeiz zu befriedigen, zu halten, was die Gunst der Umstände ihm bot. Er setzt sich wütend zur Wehr und es ist zu erwarten, dass er, noch weiter in die Enge getrieben, eines Tages mit "Enthüllungen" aufwarten wird. An Geschicklichkeit fehlt es ihm nicht, aber Geschicklichkeit in der Politik ist nur erträglich, wenn sie mit Charakter gepaart ist. Man kann einer solchen Wendung der Dinge nur mit dem Ausspruch eines Studenten begegnen, der an der Demonstration gegen Schlüter führend beteiligt war: "Es ist ein Unterschied, ob man dem Nationalsozialismus 1933 positiv gegenüberstand oder ob man ihn, wie Schlüter, noch 1950 verkerrlicht."

In Göttingen ist der Geist von 1837 wachgerufen worden, die Tage, da sieben Professoren sich gegen den Verfassungsbruch ihres Königs Ernst August auflehnten. Diesmal ist die Demonstration einmütiger, weder in der Professorenschaft, noch unter den Studenten gibt es nennenswerte Aussenseiter. Das wird auch die Hoffnungen des umstrittenen Ministers begraben, bei Neuwahlen des Senats der Universität Abtrünnige zu finden. Als der niedersächsische Landtag kürzlich die Regierungserklärung

1.6.1955

debattierte, sagte der Sprecher der SPD, der Abg. Diederichs, in einer geistvollen Rede: "Ihre Koalition, Herr Hellwege, hat zuviel Brisanz in sich und wir sind nicht gewillt, dafür den Kitt zu zahlen."

Im Falle Schlüter steht das Ansehen der deutschen Demokratie auf dem Spiel, den Kitt würde das ganze deutsche Volk zu zahlen haben. Darum ist, wie in Göttingen, die Allgemeinheit aufgerufen, Professoren und Studenten zu unterstützen, damit sie in ihrem Kampf um den sauberen Staat nicht erlahmen oder zur Erlahmung gezwungen werden.

+ + +

Wieviel wofür ?

Von H.G. Ritzel, M.d.B.

Während der Beratung des Haushaltsentwurfs für das Rechnungsjahr 1955 kam es im Haushaltsausschuss des Bundestages zu einer Auseinandersetzung zwischen der sozialdemokratischen Opposition und der Regierung. Anlass hierzu waren bestimmte Titel des Ausgabenansatzes des Bundesgrenzschutzes. Die sozialdemokratische Opposition wehrte sich dagegen, dass für Millionenbeträge, die gegenüber den Vorjahren und gegenüber dem tatsächlichen Verbrauch eine erhebliche Steigerung aufweisen, keine genügende Begründung gegeben wurde. Es handelt sich ausnahmslos um die Anschaffung von Waffen, Munition, Geräten und sonstigen Material in einem Gesamtbetrag von 9 919 000 DM. Die SPD erklärte es als nicht vereinbarlich mit den Grundsätzen der Etatklarheit und Etatwahrheit, dass in dieser summarischen Anforderung mit einer Begründung von drei Zeilen die Bewilligung solcher Beträge vom Parlament verlangt wird. Sie sprach den Verdacht einer unsinnigen Hortung von Material aus, da die Regierungsvertreter jede befriedigende Begründung für die Ansätze verweigerten.

Der Bundesgrenzschutz ist ein vom Deutschen Bundestag gebilligtes Organ, dessen Funktionen selbstverständlich eine genügende Materialausstattung voraussetzen. Andererseits wird die Öffentlichkeit volles Verständnis dafür haben, dass keine überflüssigen Materialansammlungen stattfinden dürfen und dass über der Materialbeschaffung nicht der Mensch und die Fürsorge für ihn, also für den einzelnen Angehörigen des Bundesgrenzschutzes, zu kurz kommen darf. Die Bezahlung der Angehörigen des Bundesgrenzschutzes aber steht in einem krassen Missverhältnis zu dem angeforderten Aufwand an Material. Die Sozialdemokratische Partei wünscht, dass das richtige Mass gefunden wird, um die Gewissheit zu haben, dass die Angehörigen des Bundesgrenzschutzes ausreichend bezahlt und mit jener Fürsorge versehen werden, auf die Mannschaften mit oft schwerem Dienst einen Anspruch haben. Sie wünscht auch eine angemessene Ausstattung mit allem erforderlichen Material, aber sie wehrt sich dagegen, dass ohne Kontrolle des Parlaments Millionenbeträge für Anschaffungen verausgabt werden, über deren Art und Notwendigkeit keine befriedigende Auskunft gegeben wird.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau